

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

Sitzung vom 29. April 2009

702. Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG), Einrichtung eines Familienzulagen- registers (Anhörung)

Auf Antrag der Sicherheitsdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Schreiben an das Eidgenössische Departement des Innern (Zustell-
adresse: Bundesamt für Sozialversicherungen, Geschäftsfeld Familie,
Generationen und Gesellschaft, Effingerstrasse 20, 3003 Bern):

Mit Schreiben vom 13. März 2009 haben Sie uns den Vorentwurf zur
Änderung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG) für
die Einrichtung eines Familienzulagenregisters mit einem erläuternden
Bericht zur Anhörung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur
Stellungnahme und übermitteln Ihnen nachfolgend unsere Bemerkun-
gen und Anträge.

A. Allgemeine Vorbemerkungen

Wir begrüssen die Einführung eines zentralen Familienzulagenregis-
ters auf Bundesebene mit dem hauptsächlichen Ziel, den Doppel- bzw.
Mehrfachbezug von Familienzulagen zu verhindern. Das Register ent-
spricht sowohl einem Bedürfnis der Durchführungsstellen als auch der
Organe, welche die Zulagen finanzieren. Vor diesem Hintergrund ist
eine möglichst rasche Inbetriebnahme des Registers anzustreben.

B. Zu einzelnen Bestimmungen des Vorentwurfs

Art. 21a Zweck

Es ist sachrichtig, dass das Register durch die Zentrale Ausgleichs-
stelle geführt wird. Offen bleibt hingegen, in welchem Umfang das Re-
gister neben der Vermeidung des Doppel- und Mehrfachbezugs von Fa-
milienzulagen im Sinne der gesetzlichen Vorgabe auch zu einer tatsächli-
chen Verminderung des administrativen Aufwandes beitragen wird.

Art. 21b Datenbekanntgabe

Nach Abs. 1 bezeichnet der Bundesrat die Stellen, denen das Familien-
zulagenregister im Abrufverfahren zugänglich ist. Wie im erläuternden
Bericht dazu festgehalten wird, sollen die Arbeitgebenden, welche die

Zulagen im vereinfachten Abrechnungsverfahren mit delegierter Dosierführung ausrichten, von einem solchen Zugriff auf alle Daten ausgeschlossen sein. Stattdessen wird für sie auf die grundsätzlich öffentlichen Daten gemäss Abs. 2 verwiesen. Das vereinfachte Verfahren hat sich bewährt und entspricht einem starken Bedürfnis grosser Arbeitgebender mit eigenem Personaldienst. Vor diesem Hintergrund ist noch einmal zu überprüfen, ob den unter das vereinfachte Verfahren fallenden Arbeitgebenden ebenfalls ein direkter Zugriff auf das Register gewährt werden kann. Dieser Zugriff hätte zumindest auf die Daten zu erfolgen, die für die Durchführung der Familienzulagenregelung erforderlich sind (Zugangsberechtigung). Die vorgesehene Beschränkung steht im Übrigen in einem gewissen Widerspruch zu dem unter Art. 21a aufgeführten Ziel der Verminderung des administrativen Aufwandes.

Art. 21c Meldepflicht

Wird den Arbeitgebenden, welche die Familienzulagen im vereinfachten Verfahren ausrichten, ein Zugriff auf das Register gemäss Art. 21b Abs. 1 eingeräumt, ist ihnen auch eine Meldepflicht an die Zentrale Ausgleichsstelle zu übertragen. Mit dieser Meldepflicht dürfte eine möglichst rasche Inbetriebnahme des Registers gefördert werden.

Art. 21d Finanzierung

Gemäss Abs. 1 ist vorgesehen, dass die zugriffsberechtigten Durchführungsstellen die Kosten des Registers übernehmen. Nachdem das Bereitstellen und Führen eines schweizerischen Registers aber zu den Aufgaben des Bundes als Aufsichtsbehörde gehört, hat dieser die Finanzierung zu übernehmen.

Übergangsbestimmung

Bei einer Finanzierung des Registers durch den Bund hat dieser konsequenterweise auch die Kosten für dessen Aufbau zu tragen.

II. Mitteilung an die Geschäftsleitung des Kantonsrates, die Mitglieder des Regierungsrates und die Sicherheitsdirektion (für sich und zuhanden der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich).



Vor dem Regierungsrat
Der stv. Staatsschreiber:

Hösli